

Politik/Verkehrsinfo/Tirol

### **Tiroler** Opposition will Sonderlandtag zu Osttiroler Verkehrsanbindung

Utl.: Antrag am Montag geschlossen eingebracht - Direkte  
Zugverbindung Lienz-Innsbruck soll erhalten bleiben =

Lienz/Innsbruck (APA) - Die **Tiroler** Opposition hat am Montag geschlossen, einen Antrag für die Einberufung eines Sonderlandtages eingebracht. Die vier Oppositionsparteien, SPÖ, Vorwärts, FPÖ und Liste Fritz, wollen sich in der außerordentlichen Sitzung für die Erhaltung der direkten Zugverbindung zwischen Lienz und Innsbruck stark machen. Die Einstellung des Direktzuges war - nach Darstellung der Opposition - im Mai vom scheidenden LHStv. Anton Steixner (ÖVP) mit einer Unterschrift besiegelt worden und soll mit Fahrplanwechsel im Dezember wirksam werden.

Der Sonderlandtag muss nach Einbringung innerhalb von 14 Tagen stattfinden, der spätest mögliche Zeitpunkt für die Sitzung wäre somit der 2. September. Der Termin soll binnen einer Woche fixiert werden.

Mit der Einstellung der Direktverbindung werde die "Nabelschnur" der Osttiroler gekappt, meinte SPÖ-LAbg. Elisabeth Blanik: "Die Landesregierung handelt damit am Willen der Bevölkerung vorbei". Die Ersatzverbindung mittels Bus sei "keineswegs billiger und bringt eine Verschlechterung", argumentierte Blanik. Die Zugverbindung sei "nicht verhandelbar", erklärte auch LAbg. Andrea Haselwanter-Schneider von der Liste Fritz: „Der Direktzug ist finanzierbar und bis 2019 auch bezahlt.“ Eigentlich sollte darüber gesprochen werden, wie der Zug verbessert werden könne.

Der Osttiroler Landtagsabgeordnete von Vorwärts **Tirol**, Josef Schett, bezweifelte, dass die Busse der Ersatzverbindung in der Lage wären, den Fahrplan einzuhalten. Wegen des unregelmäßig starken Verkehrsaufkommens müsste zumindest ein Puffer von einer Stunde eingeplant werden. FPÖ-LAbg. Rudi Federspiel betonte, dass die Direktverbindung eine "Herzensangelegenheit" sei und für die Landeseinheit eine gewichtige Rolle spiele.

Die Landesregierung hatte bereits für Anfang September Gespräche zu diesem Thema in Aussicht gestellt. Warum man diese nicht zunächst abgewartet habe, beantworteten die Oppositionsvertreter einhellig damit, dass man mit dem Sonderlandtag noch vor den Verhandlungen ein "starkes Signal" setzen wolle. Schließlich hänge an diesem speziellen Thema die bedeutende Frage, wie das Land mit seiner Peripherie umgehe.

(Schluss) wim/gr/gu

APA0174 2013-08-19/11:26

191126 Aug 13